

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO., VAL. J. PETER, President. 1311 Howard Str. Telephone: TYLER 348. Omaha, Nebraska. Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorauszahlung, per Jahr \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879. Omaha, Neb., Freitag, den 10. August 1917.

Endlich die richtige Auffassung.

Wir waren sehr erfreut, in „Milwaukee Sentinel“ vom Dienstagmorgen an erster Stelle einen Artikel zu finden, dem die folgenden Worte entnommen sind: „Die New York World“ macht auf das Verlangen anderer amerikanischer Blätter aufmerksam, die hieszulande in deutscher Sprache veröffentlichten Zeitungen ohne jeglichen Unterschied zu unterstützen, und fügt dann scharf hinzu, was denn mit gewissen anderen, in der amerikanischen Sprache gedruckten Zeitungen geschehen sollte. Die „World“ könnte mit gleichem Rechte gefragt haben, was mit gewissen in deutscher Sprache gedruckten Zeitungen geschehen sollte, deren Gefinnung und deren Meinungen an ihre Leser im allgemeinen gesund, loyal und patriotisch sind. Sollten solche Blätter unterdrückt werden aus dem einen Grunde nur, weil sie in der deutschen Sprache erscheinen? Wozu ist nicht auf der Hand, daß solche Blätter besondere Dienste leisten als lokale und patriotische Vertreter, da sie viele Leser erreichen und beeinflussen, die von der in der amerikanischen Sprache gedruckten Presse nicht erreicht werden. Wenn die Regierung bis zum Unterdrücken kommen sollte (und dies ist kaum das amerikanische Verfahren, ausgenommen in offenbar unbedenklichen Fällen, wo die Redefreiheit mit berechtigter und höherwertiger Rücksicht mißbraucht wird), so sollte die Verschaffenheit und der Geist der Meinung zunächst entscheiden, nicht aber die Sprache, in der sie gedruckt ist. Diese Blätter sind so sachlich und so deutlich, daß sie wohl von niemandem mißverstanden werden können und daher beherzigt werden sollten. Sie decken sich mit dem, was wir schon zuvor klarzumachen versucht haben. Natürlich nur große amerikanische Zeitungen, Zeitungen von einfluß und Bedeutung werden so urteilen, die kleine Meute wird nach wie vor hellen und sich dadurch dem Verdacht aussetzen, daß sie nicht aus Patriotismus geizert, sondern um dabei geschäftlichen Vorteil für sich zu erlangen.

Unsere Kriegsfinanzen.

Der Senatsauschluß hat am Montag die von ihm revidierte Steuerentwurf eingereicht. Eine der wesentlichsten Änderungen an dem Entwurf des Gesetzes war die, daß statt der 16prozentigen Steuer auf „außerordentlichen Profite“ eine progressive Steuer von 12 bis 50 Prozent auf „Kriegsprofite“ gelegt worden ist. Der Bericht des Ausschusses begründet den Vorschlag damit, daß in Großbritannien „Kriegsprofite“ jetzt mit 80 Prozent besteuert und in Kanada von 25 auf 75 Prozent erhöht worden seien.

Eine der größten Zeitungen des Landes, die mit der Administration bisher in allen den Krieg betreffenden Angelegenheiten durch die Diktatorin gegangen ist, schrieb kürzlich zu einem Leitartikel die folgenden einleitenden Worte: „Wenn die Administration in unserem ersten Kriegsjahre die Ausgabe von weit mehr als der Hälfte der Summe in Vorschlag bringt, die Großbritannien in allen drei Kriegsjahren ausgegeben hat, so ist nicht nur eine sehr verständliche Erklärung dafür am Platze, sondern auch eine Versicherung bestimmter Art für die Zukunft.“

Wir glauben kaum, daß sich das Volk unseres Landes vorläufig sehr über die Höhe der Ausgaben aufregt wird. Die Aufregung würde dann kommen, wenn der sogenannte „keine Mann“ mit seinen überhöhten werden sollte. Wir glauben aber, daß dies vermieden werden kann. Der Stahlmarkt hat jedoch über einen Kriegspolizist berichtet, der sich im Verlauf von 91 Tagen auf 146,000,000 belief. Das ist der höchste Gewinn, den noch bisher irgend eine Korporation zu irgend einer Zeit erzielt hat. Man bekommt dadurch einen Einblick, was für Gewinne der Krieg allen jenen Korporationen bringt, die sich mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigen.

Die Direktoren des Stahlwerks, die zu den klügsten Geschäftsleuten des Landes gehören, haben bereits eine Bemilligung von \$53,918,872 gemacht für deren Beitrag zur Spezialsteuer, die der Kongreß den großen Korporationen als Kriegsteuer auferlegen wird. Dieser Betrag ist 37 Prozent des „außerordentlichen Profits“ der Stahlkorporation. Nun soll aber der Stahlmarkt nicht nur 37 Prozent des „außerordentlichen Profits“, sondern sogar 50 Prozent des gesamten „Kriegsprofits“ bezahlen, und die Steuer wird sich demgemäß erhöhen für alle die anderen großen Korporationen und Geschäfte, die unmittelbar durch den Krieg und während des Krieges unermessliche Gewinne ziehen und daher an der Fortsetzung des Krieges nicht ein ideales, sondern ein sehr materielles Interesse haben.

Für Lebensmittel, wie für Kohlen und andere Bedarfsartikel können Preise festgelegt werden, nicht aber für Munition und ähnliche Produkte. Der Preis für Stahl betrug vor dem Krieg \$20 die Tonne, der Preis für Kupfer zwölf und ein halb Cent das Pfund. Zu diesen Preisen waren nur etwa zwei Drittel aller Stahlwerke und Kupferminen im Betrieb. Seitdem ist der Stahlpreis auf \$100 per Tonne gestiegen und der Kupferpreis auf 34 Cent.

Gegenwärtig braucht das Land die gesamte Produktion aller Stahlwerke und Kupferminen. Wenn nun aber die Administration die Preise für Stahl und Kupfer so regulieren würde, daß eben nur noch für die größeren Korporationen ein hinreichender Gewinn bliebe, so würde das eine ganze Anzahl kleinerer Produzenten, die unter weniger günstigen Verhältnissen arbeiten, aus dem Geschäft treiben.

Eine Preisregelung hier ist also nicht möglich. Um so mehr sollte daher gerade bei der Steuerfrage angelegt werden, daß der „keine Mann“ so viel wie möglich verschont bleibt.

„Wilson mächtiger als irgend ein König.“

So lautet die Überschrift über einer in der „Chicago Tribune“ am Montagmorgen veröffentlichten Depesche eines sogenannten „Staff Correspondent“. In der Depesche selbst heißt es dann wörtlich: „Durch den Krieg und den Kongreß ist Woodrow Wilson zum eigentlichen Diktator der Vereinigten Staaten und zum mächtigsten Herrscher der Welt gemacht worden.“

Angang und stetig hatte der Kongreß Macht und Verantwortung dem ersten Exekutivbeamten aufgebürdet, seit der europäische Krieg begann, um dann mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Kampf die Würde der Verantwortung fast gänzlich in seine Hände zu verlegen.

Das Publikum war zu beschäftigt, um das riesenhafte Anwachsen der exekutiven Machtbefugnisse zu beobachten. Der Korrespondent meldet dann noch, daß der Abgeordnete McMillan keine Kollegen im Kongreß mit einer Zusammenstellung dieser Machtbefugnisse geradezu in Staunen gesetzt habe, obwohl sie dabei mit halfen, und führt die einzelnen Befugnisse an.

Das eigentliche Volk der Vereinigten Staaten ist noch nicht einmal zum Staunen gelangt. Wie immer wartet es darauf, zu erfahren, wie der Machthaber die Gewalt ausübt. Dessen muß und wird sich Herr Wilson bewußt sein.

Der Prozeß gegen den Gouverneur von Texas.

Das von der Staatslegislatur von Texas eingeleitete Strafverfahren gegen Gouverneur James Ferguson, dessen Ziel ist, ihn seines Amtes zu entsetzen, hat am Montag in einer zu diesem Zwecke einberufenen Extra-sitzung der Legislatur seinen Anfang genommen. Die zuerst erhobenen Beschuldigungen des Mißbrauchs der Amtsgewalt, der mißbräuchlichen Verwendung von öffentlichen Geldern usw., auf Grund deren nach eingehender Prüfung die Großgeschworenen ihre Anklagen erhoben, haben den Zweck einer Erweiterung erfahren. Der Sprecher des Unterhauses der Legislatur zeigt jetzt dem Gouverneur des Verdachts, ihn in ungesetzlicher Weise zu beeinflussen, indem er sich erbot, dem Sprecher Geld zu ungewöhnlich hohen Preisen zu leihen, und andeutete, daß es mit der Rückzahlung des Kapitals seine Eile habe.

Es ist natürlich viel zu früh, ein Urteil darüber zu fällen, ob die Anklagen auf Wahrheit beruhen oder nicht. Das wird erst möglich sein, nachdem das gesamte Beweismaterial vorgebracht worden ist. Selbst dann aber wird eine unbefangene Würdigung des Falles ihre großen Schwierigkeiten haben, weil die ganze Angelegenheit weniger dem Verlangen ehrlicher Leute, einen Gelehrter über zu richten, zu geben, entspricht, als vielmehr den Machtbefreiungen politischer Feinde. Und diese politische Feindschaft ist um so bitterer und unerbittlicher, weil es sich um einen demokratischen Wählerzweig, um Kämpfe zweier Fraktionen derselben Partei handelt.

Ob der Amtsenthebungsvorschlag gegen Gouverneur Ferguson von Texas auch auf die Nationalpolitik zurückzuführen wird, wie seinerzeit das ähnliche Verfahren gegen Gouverneur Sulzer von New York, erscheint ziemlich zweifelhaft, weil weder Texas im nationalen Leben die Rolle spielt, die der Staat New York innehat, noch auch die gegnerische, also die republikanische Partei in Texas stark genug ist, aus der Situation beträchtlichen Vorteil zu ziehen. Sicher aber ist, daß derartige innere Streitigkeiten und selbstmörderische Zerfleisungen das Ansehen der demokratischen Partei nicht fördern können.

Ein Schweizer Militärkritiker über die verkrachte Russen-Offensive!

(Schluß.) Heute sind nun die Russen auf schmalerer Front angelangt und haben am 1. Juli verlor, den Mittelekt des strategischen Geländes im galizischen Verteidigungsraum der Zentralmacht zum Einsatz zu bringen. Der Verlust als solcher ist gescheitert, gescheitert wie an sich und in ihrer unmittelbaren Auswirkung bis jetzt, abgesehen von Verlusten und Wagnissen, alle operativen Durchbrüche gescheitert sind; die Offensive als solche ist damit aber keineswegs abgeschlossen. Wie es scheint, ist der Angriff von zwei russischen Armeen ausgeführt worden, der ersten Armee, der alten Gennegner der Armee Bismarck, und einer neu zusammengestellten Armee, die vermutlich aus den besten Elementen des ganzen Heeres gebildet worden ist und als die erste militärische Schöpfung des neuen Kaiserreichs bezeichnet werden kann. Wahrscheinlich ist die Zusammenfassung so starker Kräfte — man muß mit acht bis zehn Korps rechnen — durch Überziehen russischer Kräfte vom Serech ermöglicht worden, wo die rumänische Armee wieder mit größeren Kräften in die Front gerückt ist.

Gutor—Französische und englische Generalstabler.

In Stelle Druffilons hat der französische Gutor geführt, der aber stark vom Rate französischer und englischer Generalstabler abhängig ist, auf die vor allem die Verhängung der Angriffsfrent, die tiefe Verklärung der artilleristischen Vorbereitung bis zum vollständig durchgeführten Trommelfeuer mit Vergangung der feindlichen Artillerie zurückzuführen ist. Der Infanterieangriff hingegen trägt das Merkmal jener russischen Massenangriffe, in denen sich die Wellen rufen zu Kolonnen zu verdichten pflegen. Sind diese Angriffstruppen dem revolutionären Geist erfüllt gewesen, so sind sie ohne Zweifel noch richtiger und mit größerem tatsächlichen Schwung vorgegangen, als zu Nikolai Nikolajewitsch Zeiten. Sie sind in die erste Linie eingedrungen und haben Konjunktur und das anschließende Vorgehen südlich Zborow unter Beibringung von Gefangenen, die an den Ostermontag erinnern, erlitten, aber dieser örtliche Erfolg ist mit den schwersten Verlusten erkauft worden und emblemt der strategischen Bedeutung in noch höherem Grade als die von den Engländern und Franzosen im Westen erlängten Vorteile.

„Durchhaltungs-Kabinette“!

So bezeichnet Korrespondent Karl von Wiegand die neuen deutschen Ministerien.

New York, 10. August. — „Die schnellen in Deutschland nehmen die neue Fortgang.“ sagte Karl von Wiegand, der Stabskorrespondent der International News Service und der letzte Zeitungsmann, der Berlin verlassen hat.

Die Entwürfe sind dort von größerer Bedeutung als hier allgemein verstanden und eingeschätzt wird. Die Kabinettsveränderungen betreffen die Aufgabe, daß gleich allen anderen kriegführenden Ländern Deutschland auch Veränderungen unterworfen wird, die seinen alten politischen Aufbau immer mehr beeinflussen werden.

„Das neue deutsche Kabinett und das preussische Ministerium können als „Durchhaltungs-Kabinette“ bezeichnet werden. Sie werden Deutschland und die Welt einen Schritt dem Frieden näher bringen. Teilweise können sie als „Interims-Kabinette“ angesehen werden und zum Teil als ein Kompromiß und ein Zugewinnnis in der Richtung der Kräfte, die hart an der Arbeit sind, um eine Parlementsform der Regierung zu erlangen, was aber noch nicht durch die jetzigen Ernennungen erreicht ist. Der jetzige Kanzler, Dr. Georg Michaelis, ist persönlich nicht zu Gunsten eines gründlichen Parlementsform der Regierung. Er vertritt es zuerst mit einem „halben“ Schritt, den er „Parlamentarisierung“ nennt, verschieden von dem „Parlamentsystem“, nämlich durch Fortanwendung von politischen Parteien und „Gemeinen“ als Kabinettsmaterial.

Die Hauptbedeutung liegt in der Ernennung von Dr. Michaelis als stellvertretender Sekretär für auswärtige Angelegenheiten. Dies überträgt in Wichtigkeit alles andere. Michaelis ist seit einiger Zeit der beliebteste Staatsmann „für Frieden“ gewesen. Michaelis wird auf die inneren politischen Angelegenheiten so lange er verbleibt, und Michaelis, einer der wenigen in Deutschland, der England kennt, die auswärtigen Angelegenheiten in seine eigenen Hände nehmen. Er hat die starke Unterstützung der großen finanziellen und Geschäftsinteressen in Deutschland.

Seine Wahl als Sekretär des

Auswärtigen ist eine Maßnahme, die die Friedensschlichtung leichter macht und ein entschiedenes ermutigendes Zeichen, das das Ende des Krieges andeutet. Die allgemeine Ansicht in Deutschland geht dahin, daß es nur zwei Länder gibt, mit denen Deutschland Frieden schließen muß, England und Amerika. Alle anderen werden selbstverständlich folgen.

„Stuchmann ist der für das schwierige Werk gewählte Mann. Er ist ein Vermittler und wird als viel leicht der beste Deutschlands angesehen. Das Buch „Weltpolitik ohne Weltkrieg“, das in letzter Zeit großes Aufsehen in Deutschland erregte, soll seine Ansichten der Weltpolitik ausdrücken. Das Buch wird ihm zugeschrieben.

„Doch, während Deutschland „Durchhaltung“ fortsetzen wird, da es bei stetigen Verben und fester Stellungnahme am besten der Sache des Friedens dienen kann, der neue Sekretär des Auswärtigen sein „Sondieren“ beginnen wird, kann wenig bewirkt werden.

Stuchmann ist noch keine 50 Jahre alt und er hat das Aussehen eines amerikanischen Geschäftsmannes. Er mag den Eindruck der Solidität. Er ist ruhig und besonnen in seiner Rede, aber seine Sprache ist wichtig und überzeugend. Seine Gattin ist eine Frein von Stumm, eine Tochter des „Eisenkönigs“ Stumm, dem die ganze Industrie-Gezond an der oberen Mittel und Saar tributpflichtig ist. Nicht weniger als 21 Mitglieder dieser Familie sind in hervorragender Stellung im deutschen diplomatischen Dienst.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen ist auch in England gut wohl bekannt. Er war erster Sekretär der deutschen Botschaft in London und kam von dort aus als Geandter nach Holland. Sowohl im Haag, als zuletzt auf dem Vorkriegspositen in Konstantinopel hat Stuchmann ausgezeichnete Dienste geleistet. Er ist ein Mann vom Schlage von Kiderlen-Wächters, der mit der Lösung der Marokkafälle dem Vaterlande große Dienste leistete. Mit seiner Ernennung hat der Kaiser den Mann auf den rechten Posten erhoben, dem die Unterhandlungen betreffs eines ehrenvollen Friedens mit Vertrauen anvertraut werden können.

Dr. Zimmermann, einst der populärste Mann am Kaiser, dem der gesamte Reichstag zujubelte, als er an Stelle von Jagow trat, hat sich durch die berüchtigte Merito-Depesche unangenehm gemacht. Er fand in Maximilian Harden, Theodor Wolff, Professor Delbrück und vielen anderen Gegner, die nicht nur ihn zu Fall brachten, sondern auch zum Sturz Bethmann Hollwegs beitrugen, weil dieser Zimmermann nicht zum Juridiktur zwang.

„Persönlich lebenswürdig und freimütig in seiner Rede, packte ihn beimock oft der Zähgrinn, sunal wenn ihm die böse Gicht schickung machte. Zimmermann hielt es in der Politik mit den Liberalen, neigte sich später aber mehr den Altkonservativen zu.“

„Es ist bezeichnend, daß Dr. Spahn das einzige Mitglied des Reichstags ist, das in das preussische Ministerium genommen worden ist und keine Reichstagsmitglieder in das deutsche Kabinett genommen wurden. Dies scheint anzudeuten, daß die Liberalen, Demokraten und Sozialisten nicht zu einem Kompromiß geneigt sind und andere Entwicklungen können vorausgesehen werden. Spahn ist der Führer des konservativen Flügels der Zentrumspartei. Der demokratische Flügel dieser Partei wird von Matthias Erzberger geführt, der der Lloyd George von Deutschland werden möchte. Er war es, der den Stof verlegte, der das preussische Ministerium wie das deutsche Kabinett umwarf und Bethmann Hollwegs Absetzung herbeiführte.“

Briefkasten.

„Gaus“. Die bedeutendste französische Zeitung in Amerika ist „Courrier des Etats Unis“, New York City. Dies ist ein weltliches Blatt. Ein katholisches französisches Blatt in den Ver. Staaten ist uns nicht bekannt. Dagegen gibt es mehrere in Canada und ist eines der größten „Action Catholique“ in Quebec.

Niele Omahaer Söhne nahmer.

George A. Strayer, der vor wenigen Wochen die Schulgebäude unterzogen hatte, hat in seinem Bericht eine große Zahl der städtischen Schulgebäude für unsicher erklärt und befürwortet, daß dieselben sobald als möglich ausgebaut werden sollen. Er hat ein Programm für den Bau von neuen Schulgebäuden für die nächsten fünfzehn Jahre ausgearbeitet, was eine Ausgabe von \$5,000,000 für diese Periode bedeuten würde.

Beicht Otto Vorsak.

In seinem neuen Lokal 314 Süd 14. Straße. Begehrtesterale alkoholfreie Getränke und feiner Aunch.

Our Government's Opportunity. IT IS IN A POSITION AND HAS THE POWER TO BRING PEACE TO THE WORLD.

(From The New York American.)

We think that our Government now has the power and the opportunity to bring peace to the world.

The German Chancellor has spoken as the representative of the Teutonic allies. The English Premier has just spoken as the representative of the British, French and Italian allies.

Both Dr. Michaelis and Lloyd George necessarily had to say many things for home consumption. Each of them had in view, while speaking, a parliamentary majority none too large and a parliamentary minority altogether too formidable for perfect ministerial comfort.

If we disregard the heroics and the rhetorical flourishes, the speeches of the two Prime Ministers simmer down to this:

Dr. Michaelis practically says to the Entente Governments that Germany has endured three years of warfare; that the Central Empires have not had the worst of it, and they are both willing and able to continue the fight as long as the allies desire. He also practically says that if the allies feel that they have had enough of war, Germany and Austria feel the same way, and Austria intimates that the Central Empires are more than willing to go in conference with representatives of the allied Governments and the United States in an effort to negotiate terms of peace.

The British Premier's reply is practically a declaration that Great Britain is able and willing to continue to fight as long as Germany desires. To this declaration Lloyd George adds the warning that if the war is prolonged long enough the assistance of America will enable the allies finally to conquer the Central Empires.

Each Premier, as in duty bound, insists that the result of the military and naval operations, so far, has been in favor of the alliance which he represents, and each insists that the other's blockade has been a sorry failure and that his own people have not only enough to eat but are also somewhat overprovided.

This kind of schoolboy talk seems to be inseparable from the speeches which the different statesmen make to one another and to the world at irregular intervals. It is, perhaps, excusable, but it has no weight with thinking men.

The statements of Dr. Michaelis and of Lloyd George are each right in part and each wrong in part. The general result of three years' warfare has not been to crush Germany or to give any great hope, that Germany can speedily be defeated and dismembered, as the allies at one time proposed.

She now holds possession of, and cultivates and reaps the harvests of, and operates the factories and the mines and the oil fields of, and exploits the labor of, territories that almost equal in extent her own empire. Her armies were larger in 1915 than in 1914, in 1916 than in 1915, and they are to-day larger and more formidable than they were at this time a year ago.

During the three years of war the German armies have lost in killed and captured and in discharged wounded practically 1,800,000 men, and during the same time there have arrived at military age and been called to the colors 2,400,000 youth.

The annual crop of recruits arriving at military age in Germany is slightly in excess of 800,000, and in the nature of the case this crop will not begin to show any diminution until fifteen years from now. In lesser numbers this is true also of Austria-Hungary and of Bulgaria and of Turkey.

The total population upon which the German military staff can draw is about 175,000,000, and before any diminution of man-power could take place it would be necessary to kill, capture or cripple at least 2,000,000 Germans, Austrians, Hungari-

ans, Bulgars and Turks annually.

With Belgium, Rumania, Serbia, Poland and the Baltic Provinces in their possession, the Central Empires are assured of enough food, coal, iron, copper and oil to be self-sustaining. Germany is war weary and worn, but so are all the combatants, and considering all these facts, it does seem to us it is hopeless to expect that either alliance can decisively defeat the other for many more years.

We think that if the war should continue for ten years the antagonists would still face each other upon terms of practical equality, as each would continue to slaughter its enemies' resources in about the same proportion.

We confess that we can see no other probable outcome of the prolongation of the war than that prophesied by Lord Lonsborough in the British Parliament two years ago, when he said:

"If the collective common sense of mankind does not find some means of ending this hideous war before it is too late, Europe will become a desert, peopled only by old men, women and children."

Our purpose in taking part in this war, unless all our professions were false, was to bring peace to the world. We expressly disclaimed any desire to make gains, to annex territory or to exact indemnities.

Now, it seems to us that the opportunity to end the war is knocking at our door, that it invites our statesmanship and solicits both our magnanimity and our self-interest.

We think that our Government, being in a sense disinterested and wholly apart from the hidden intrigues and concealed ambitions of the European Cabinets, should earnestly counsel the allies to agree to a preliminary peace conference at least.

One thing is certain. There can never be any peace at all without a previous conference. And it is most equally certain that if the war should be prolonged one year or two years or ten years, the warring alliances would find themselves in about the same relative positions, and that there would be then practically the same reasons for and the same objections to a peace conference which exist now.

It seems to us that the brightest and perhaps the only hope of restoring peace to Europe upon the basis of ordinary institutions lies in our Government's urging and, if need be, compelling, a conference of the warring groups.

It goes without saying that we could compel such a conference by appealing not only to the self-interest and to whatever is left of the good sense of the warring Governments, but by also appealing to the interests and the anxieties of the harassed neutral Powers—or, in other words, to the "collective common sense of mankind."

We think that no man living can point out any probable change in the present relations of the Powers, or any likelihood of the conquest of one group by the other, or any desirable result at all that is likely to occur from the prolongation of this war, which is wasting humanity and destroying civilization.

We think that we can foresee the most serious possibilities and the gravest perils that may easily arise to threaten the white peoples in case this war is insanely prolonged to their mutual exhaustion, if not to their mutual destruction.

Since we feel this way, we would be recreant to our own conscience and to our own sense of journalistic duty, and to our own affection for our most dear native country, if we did not earnestly urge upon our Government the propriety and the rightfulness of seizing this wonderful opportunity to bring the warring Governments of Europe together around a conference table from which they would be almost certain to rise with peace accomplished.